

# SCHEIBENWISCHER

ZEITUNG FÜR GAU-ALGESHEIM UND DRUM'ROUND



Bündnis 90 / Die Grünen  
Ortsverband Gau-Algesheim

[www.gruene-gau-algesheim.de](http://www.gruene-gau-algesheim.de)

30. Jahrgang, März 2011

## Themen

- Nordumgehung Gau-Algesheim
- Bäume gehören ins Stadtbild
- Grüne-Jugend-Gruppe gegründet
- Nicht meckern, sondern besser machen
- Gemeinsames Lernen von Anfang an - mit bestmöglicher Förderung für alle
- Nichts Neues zum Thema Menschenrechte?!
- Veraltetes Denken bei den Abwassergebühren
- Quo vadis, Langgasse ?
- Landtagswahl 2011 - Grüner Wahlkreis-Direktkandidat stellt sich vor

## Auf nach GRÜNland-Pfalz

Von Joachim Cohausz

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger der VG Gau-Algesheim,

am 27. März wählt Rheinland-Pfalz. Es wird Zeit, dass sich etwas ändert im Land. Weg von der Vetterwirtschaft, von den ständigen Skandalen und Skandalen, weg auch von den Lösungen der Vergangenheit, für die die jetzt im Landtag vertretenen Parteien stehen. In Mainz muss ein frischer Wind wehen – und der ist nur mit starken Bündnis 90 / Die Grünen möglich. Die Grünen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Für die Menschen genauso wie für unsere Umwelt. Wir haben in Gau-Algesheim genauso wie im Landkreis Mainz-Bingen, in denen die Grünen Verantwortung übernommen haben, bewiesen: GRÜN kann es! Wir sind kritisch, aber lösungsorientiert, wir sind phantasievoll, aber keine Phantasten.

Mehr als 15 % der Gau-Algesheimerinnen und Gau-Algesheimer haben uns, Ihren Grünen, bei der jüngsten Kommunalwahl das Vertrauen geschenkt. Ein Ergebnis, für das wir uns nochmals sehr herzlich bedanken möchten. Ein Ergebnis aber auch, das zeigt: Die Menschen wollen den Wandel, sie wollen eine Politik für alle Generationen, für eine gesunde Umwelt, eine nachhaltige Landwirtschaft und eine bessere Verkehrsplanung. Vielleicht ging und geht es auch vielen Menschen hier in der Verbandsgemeinde um eine bessere Kontrolle der oft übermächtigen großen Parteien, die sich mehr mit sich selbst beschäftigen als mit den Wünschen der Menschen. So konnte es nicht weitergehen in Gau-Algesheim, und so darf es nicht weitergehen in Rheinland-Pfalz. Wir in Gau-Algesheim zeigen: GRÜN heißt nicht Opposition um der Opposition willen, sondern der feste Wille, neue Ideen einzubringen, für diese auch beim politischen Gegner zu werben und letztlich durchzusetzen.

Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, haben mit Ihrem Votum für eine starke Grünen-Fraktion hier in Gau-Algesheim selbst dafür gesorgt, dass Ziele der Grünen, wie ein deutlich verbessertes Betreuungsangebot für unseren Nachwuchs dank neuer Kindergartengruppen oder ein modernes Verkehrskonzept beim Ausbau der Bahnhofstraße, bereits erreicht wurden. Jetzt geht es um Rheinland-Pfalz. Wir Gau-Algesheimer Grünen unterstützen daher unsere Freundinnen und Freunde, die in den zukünftigen Landtag einziehen sollen.

**Wählen Sie die Zukunft. Wählen Sie GRÜN!**

# Nordumgehung Gau-Algesheim

## Hat der Gau-Algesheimer Wiedehopf noch eine Überlebenschance?

**Von Klaus Reinheimer**

Der seltene Wiedehopf ist streng geschützt und nach der Roten Liste vom Aussterben bedroht. Nun soll ausgerechnet die geplante Trasse der Nordumgehung für Gau-Algesheim durch mehrere Wiedehopfbrutreviere und durch ein als schützenswert kartiertes Biotop führen. Die aktuelle Naturschutzgesetzgebung fordert aber, dass beim Bau von Straßen keine erheblichen Beeinträchtigungen der gefährdeten Tierarten und seltenen Biotopen verbleiben sollen. Die Planer solcher Projekte müssen so die Trassenführung sorgfältig prüfen und abwägen.

Der Bau des Regionalbades und die neue Sportanlage haben bereits die Wiedehopfbrutreviere erheblichen beeinträchtigt. Durch die Trassenführung der Umgehungsstraße werden erneut weitere Wiedehopfpaaire ihr Brutrevier verlieren. Damit nimmt das Trauerspiel aber noch kein Ende, denn unmittelbar nördlich der Gau-Algesheimer Gemarkung plant Ingelheim in einem ebenfalls sehr bedeutenden Wiedehopfbrutrevier mitten im Naturschutzgebiet das Gewerbegebiet „Westlich der B41“ bei Sporkenheim. Wohin also mit dem Wiedehopf, wenn das alles verwirklicht werden soll. Wie bekommt man diese Vögel in die vorgesehenen Ersatzreviere?

In den vergangenen Monaten haben sich zahlreiche Wahlkampfpolitiker und Bürgermeister zur geplanten Umgehungsstraße im Norden von Gau-Algesheim geäußert, ein besonderes Interesse am Biotop- und Artenschutz haben sie dabei jedoch nicht an den Tag gelegt. Anstatt den gesetzlich klar formulierten Auftrag des Naturschutzes anzuerkennen, machen sich die

Politiker über den Wiedehopf lächerlich und fordern die Behörden gebetsmühlenartig auf, ein Verfahren durchzuziehen, für das die notwendigen Voraussetzungen noch gar nicht vorliegen. Wer so etwas fordert, hat aus den Umweltsünden der Vergangenheit nichts dazu gelernt.

Leider hat es aber seine Wirkung, denn nun liegt ein neues Gutachten vor (selbstverständlich ohne politischen Druck), das zu dem Ergebnis kommt, dass 30 Hektar statt der ursprünglichen geforderten 100 Hektar Ausgleichsfläche für die Nordumgehung ausreichend sind. Staatssekretär Schweitzer verkündete dazu letzte Woche in Gau-Algesheim „Damit kommen wir zurande“ und fügte hinzu, dass die Maßnahme sonst zu teuer wäre. Die Frage, ob der Wiedehopf mit dem nun um mehr als ein Drittel reduzierten Umsiedlungsgelände zurande kommt, stellte sich ihm nicht. Er geht wohl davon aus, dass die Wiedehopfe ihr Schicksal annehmen werden und Ihr Brutgeschäft in dem zugewiesenen Gelände fortsetzen werden und etwas zusammenrücken.

Aufgrund dieser Entwicklung sind wir sehr skeptisch geworden, ob die zuständigen Behörden eine akzeptable und naturschutzrechtlich einwandfreie Lösung vorlegen können, bei der neben einer größtmöglichen Entlastung der Menschen in der Ortsdurchfahrt auch unser seltener und wertvoller Gau-Algesheimer Naturschatz überleben darf. Unabdingbare Voraussetzung für den Bau der Trasse ist jedoch der Nachweis, dass durch die geplante Kompensationsmaßnahme der Wiedehopfbestand gesichert ist.

## Bäume gehören ins Stadtbild!

### Vor der Motorsäge das Gehirn einschalten

**Von Peter Michel**

Immer wieder wurden in der Vergangenheit ohne Rücksprache mit dem Stadtrat und ohne vorherige Information der Bürgerinnen und Bürger Bäume gefällt. Zuletzt passierte dies im Januar, als am Festplatz fünf Bäume umgesägt wurden. Nicht nur, dass damit das einzig wirklich Erhaltenswerte des derzeitigen Festplatzes den Motorsägen zum Opfer fiel, vor allem die Art und Weise, wie diese Maßnahme zustande kam, stößt bitter auf, wurde die Entscheidung zur Fällaktion vom Bürgermeister noch nicht einmal den Beigeordneten mitgeteilt. Die wurden – wie die verduztten Anwohner – vor den Kopf gestoßen und mussten die Suppe dann erst einmal alleine auslöffeln.

Endlich zurück, nahm der Bürgermeister alles auf seine Kappe und versprach (wieder einmal) künftig früher zu informieren.

Ein zeitlicher Druck zur Fällung bestand aus Sicht der Grünen nicht. Da war die Rede von Sicherheitsgründen, die den Griff zur Säge veranlasst hätten. Doch eine unmittelbare Gefahr ging nicht von den Bäumen selbst aus, wie damit zunächst suggeriert

wird und was ein schnelles Handeln natürlich rechtfertigt hätte. Es wird höchste Zeit, etwas zu ändern. Die Grünen im Stadtrat haben daher beantragt, dass zukünftig vor dem Fällen großer Bäume im Stadtgebiet erst das Votum des Stadtrates einzuholen ist – außer natürlich, wenn es unmittelbare Sicherheitsbedenken, wie etwa nach einem Sturm, gibt. Wir wollen damit nicht jede Entwicklung in unserer Stadt stoppen. Vielleicht aber gelingt es, gemeinsam Lösungen zum Erhalt von Bäumen zu finden. Abgesägt ist schnell – zu schnell.

Nicht zuletzt dient die von den Grünen überlegte Vorgehensweise nicht nur dem Schutz der Bäume, sondern auch dem Schutz des Bürgermeisters vor seiner eigenen Informationspolitik. Das Vertrauen in Besserung ist aufgebraucht!



# Grüne-Jugend-Gruppe gegründet

Wäre das nicht auch etwas für dich ?

Im vergangenen Jahr haben wir, Jugendliche aus Ingelheim und Umgebung, eine neue GRÜNE JUGEND-Gruppe gegründet. Es handelt sich hierbei um eine unabhängige politische Jugendorganisation, die der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN nahe steht.

„In Zukunft planen wir weitere Vorstellungen des Jungen Grünen Kinos. Außerdem überlegen wir vegetarische / vegane Kochveranstaltungen, für mehr Toleranz für alternative Ernährung, anzubieten“, so Vera Breier Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Ingelheim.

Die Idee eine GRÜNE JUGEND zu gründen, entstand auf einer Anti-Atom-Demo in Biblis, an der einige Jugendliche Pia Schellhammer getroffen haben. Pia ist selbst aktives Mitglied der GRÜNEN JUGEND und konnte uns viel darüber erzählen. Schnell fand sich eine Gruppe Interessierter, und durch Pia hatten wir schnell Kontakt zu anderen Gruppen der GRÜNEN JUGEND. Sie hat uns auch bei der Gründung und dem Schreiben der Satzung unterstützt. Wir haben unseren eigenen Blog eröffnet und einen Verteiler erstellt.



Nachdem wir die organisatorischen Dinge abgeschlossen hatten, ging es los mit unserer Demo für ein besseres Abendangebot für Jugendliche in Ingelheim. Aus einem Gespräch mit den Jusos und anderen Interessierten hat sich eine Gruppe entwickelt, die sich dafür einsetzt.



Wir haben unsere Reihe ‚Junges Grünes Kino‘ mit dem Film „Uranium is it a country?“ gestartet. Des Weiteren haben wir uns an Aktionen der GRÜNEN JUGEND Rheinland Pfalz beteiligt, waren mit auf dem Sommercamp in der Eifel, an dem über Afrika diskutiert wurde, haben Seminare besucht und waren auf der letzten Landesmitgliederversammlung, die sogar in Ingelheim stattfand.

Über Zuwachs und Besuch von Interessierten freuen wir uns immer! Wenn du mehr als nur wählen willst, bist du herzlich eingeladen aktiv mitzumachen! Schau doch mal auf unserem Blog [gjingelheim.wordpress.com](http://gjingelheim.wordpress.com) vorbei oder schreib uns eine Mail an [gjingelheim@gmx.de](mailto:gjingelheim@gmx.de)

An der kommenden Landtagswahl wird eine Kandidatin der GRÜNEN JUGEND zur Wahl stehen. Von der GRÜNEN JUGEND Rheinland Pfalz tritt **Pia Schellhammer** auf der KandidatInnenliste der GRÜNEN an. Außerdem ist sie Direktkandidatin im Wahlkreis Nierstein-Oppenheim. Ihre Schwerpunktthemen sind Hochschulpolitik, Jugend, Kultur und Netzpolitik. Die GRÜNE JUGEND Ingelheim findet, dass eine junge motivierte Politikerin wie Pia Schellhammer dem Land Rheinland Pfalz gut tun würde. „Wir wünschen uns von Pia, dass sie sich für kleine Klassenverbände und einen besseren Nahverkehr einsetzt.“, erzählt Vera Breier.

**In diesem Sinne wünschen wir dir, Pia für deinen Wahlkampf viel Erfolg!**

# Nicht meckern, sondern besser machen!

Wir Grüne gestalten ein modernes Gau-Algesheim

Von Joachim Cohausz,  
Beigeordneter der Stadt Gau-Algesheim



und Hans Ulrich Potstawa-Kobus,  
Fraktionsvorsitzender im Stadtrat



**Grüne können mehr als Opposition.** Das zeigen die Grünen-Fraktionen im Verbandsgemeinderat und im Stadtrat. Trotz absoluter Mehrheit der CDU im Stadtrat ist es den Grünen gelungen, für wichtige, zukunftsorientierte Ziele Mehrheiten zu bekommen und diese zum Teil bereits umzusetzen.

Schon seit vielen Jahren von den Grünen gefordert, wird eine **deutlich verbesserte Kinderbetreuung** in Gau-Algesheim Realität. Sicher: es waren nicht die Grünen alleine, die den Neubau am Schloss-Ardeck-Kindergarten mit zwei altersgemischten Gruppen und die Übernahme der Rappelkiste in die Trägerschaft der Stadt auf den Weg gebracht haben. Dass beide Maßnahmen, die für Familien und Kinder ein Segen und für die Stadt Gau-Algesheim ein echtes Werbeargument sind, aber von den Grünen maßgeblich angestoßen wurden, das bestreiten wohl nur wenige.

Auch in der Verkehrspolitik, einem weiteren zentralen Thema in Gau-Algesheim, konnten die Grünen Erfolge verbuchen. Die Bahnhofstraße wird nun niveaugleich und temporeduziert ausgebaut, die Fußgänger sollen sich freier bewegen dürfen. Wobei klar gesagt werden muss: Dies ist ein Kompromiss! Die weitergehende Grünen-Idee, eine verkehrsberuhigte Straße, war nicht durchsetzbar. Aber immerhin, der von der Grünen-Fraktion herbeigeführte Kompromiss lässt für die Zukunft viel Möglichkeiten offen. Und diese Lösung war zudem deutlich preisgünstiger zu haben als andere Planungen, die vorher kursierten.

Erfolge, die uns freuen, die uns ein bisschen stolz machen. Doch diese Erfolge machen uns nicht träge, im Gegenteil. Sie spornen uns an, weiter **aktiv die Zukunft unserer kleinen Stadt mitgestalten** zu wollen. Denn es gibt noch viel zu tun in Gau-Algesheim.

Nach der Befragung zum Stadtleitbildprozess vor einigen Jahren äußerten die allermeisten Befragten, dass sie gerne in Gau-Algesheim leben und sich hier wohl fühlen. Diese Einstellung wundert uns Grüne nicht - wir leben schließlich auch gerne hier!

Und weil das so ist, weil wir zu dieser Stadt stehen, wollen wir vor den Defiziten Gau-Algesheims nicht die Augen verschließen. Gau-Algesheim wird nicht

noch charmanter, indem man sich weigert, die Fragen der Zukunft auch nur zu stellen. Das ist unsere grüne Sache nicht.

**Gau-Algesheim muss eine Stadt für alle Generationen sein.** Kinder und junge Familien sollen sich hier so wohl fühlen wie die Gruppe der Senioren, die immer größer wird. Auch diese haben das Recht, im Herbst ihres Lebens ernst genommen zu werden in ihren Wünschen und Bedürfnissen.

Die Grünen in Gau-Algesheim sprechen sich daher konsequent für Barrierefreiheit aus. Es geht nicht nur darum, mit kleinen Rampen die Zugänge sowohl für Kinderwagen und Gehbeeinträchtigte zu verbessern, obwohl das natürlich gut ist und weiterverfolgt werden muss. Barrierefreiheit fängt ganz woanders an: In den Köpfen der Verantwortlichen in Stadt und VG nämlich. Diese „Denkbarriere“ gilt es niederzureißen.

Konkret bedeutet dies für die Grünen: Bei allen Straßenbauprojekten in Gau-Algesheim - und das werden in den nächsten Jahren nicht wenige sein - müssen die **besonderen Bedürfnisse von Kindern und Senioren in den Fokus rücken**. Es kann und darf nicht sein, dass sich diese Menschen, die uns wertvoll sein sollten, zu Hauptverkehrszeiten kaum mehr auf die Straße trauen. Die Verkehrsfläche Straße muss gerechter aufgeteilt werden.

Es gilt, Gau-Algesheim so zu gestalten, dass die Grundbedürfnisse der Menschen in erreichbarer Nähe befriedigt werden können. Wir Grüne sprechen uns konsequent für die Errichtung eines Ärztehauses aus. Möglichen privaten Investoren dafür stehen wir daher genauso aufgeschlossen gegenüber wie dem barrierefreien Wohnungsbau. Natürlich werden wir Grüne unser Kernanliegen, den **Schutz von Umwelt und Natur**, nicht vergessen. Wir sind der Überzeugung: Umweltschutz behindert nicht Stadtentwicklung, er fördert sie vielmehr. Denn immer mehr Menschen wünschen sich, in einer möglichst intakten Umwelt zu leben. Umweltschutz ist Lebensqualität für den Menschen.

**Wir Grüne werden das nicht allein schaffen. Helfen Sie uns mit Tipps, Anregungen, aber auch Kritik!**

## **Gemeinsames Lernen von Anfang an - mit bestmöglicher Förderung für alle**



**Von Jutta Kobus und Sabine Obitz**

Zugegeben, es liegt noch ein Stück Weg vor uns, um diese Vision zu verwirklichen, aber Stadt und VG haben bereits einen guten Anfang gemacht. Jetzt heißt es, den eingeschlagenen Weg mutig voranzutreten und Neues wagen.

So nehmen bereits **beide Kindergärten in Gau-Algesheim** Kinder mit Beeinträchtigung auf, die zur Unterstützung vom Kreis Integrationsfachkräfte oder -helfer zur Seite gestellt bekommen (im städtischen Kindergarten auf Antrag der GRÜNEN). Mit dem An- und Umbau des städtischen Kindergartens wurden die räumlichen Voraussetzungen geschaffen, auch mobilitätseingeschränkte Kinder aufnehmen zu können.

An der Realschule Plus **Christian-Erbach** als **Schwerpunktschule** werden bereits seit Jahren beeinträchtigte und nicht beeinträchtigte Kinder gemeinsam unterrichtet.

Aus Sicht der GRÜNEN wären als **weitere Bausteine auf dem Weg zur Inklusion** (gemeinsam leben und lernen von Anfang an) **im Bereich Kindergarten und Schule** wünschenswert:

- die Einrichtung eines **integrativen bzw. inklusiven Kindergartens** und
- die Ernennung der **Grundschulen in Schwabenheim und Gau-Algesheim als Schwerpunktschulen**

Für die Umsetzung ist allerdings ein Umdenken aller Beteiligten notwendig, die enge Zusammenarbeit mit den Eltern, grundlegende konzeptionelle und personelle Veränderungen sowie die sachliche Ausstattung, um die einzelnen Kinder nach ihren

Bedürfnissen bestmöglich fördern zu können. Erfolgreiche individuelle Förderung braucht Zeit.

Das gilt besonders für die Schulen:

Ganztagsschule sollte mehr sein, als Vormittagsunterricht plus Nachmittagsbetreuung plus Mittagessen. Die GRÜNEN streben daher die Einrichtung von **Ganztagsklassen** an, die es den Lehrern ermöglichen, die Unterrichtszeiten flexibler zu gestalten und den Bedürfnissen der einzelnen Kinder anzupassen.

Mit der Ernennung der Schloß-Ardeck-Grundschule in Gau-Algesheim als Schwerpunktschule könnte auch die derzeitige Lücke zwischen Kindergarten und weiterführender Schule für die wohnortnahe Beschulung beeinträchtigter Kinder geschlossen und eine verbesserte Wahlmöglichkeit der Eltern erreicht werden.

Ein entsprechender **Antrag von den GRÜNEN** der VG hat leider noch nicht die nötige Zustimmung gefunden.

Aber wir werden weiter daran arbeiten, um allen Kindern und Jugendlichen, egal welcher sprachlichen, kulturellen oder sozialen Herkunft, in Gau-Algesheim und der VG den gleichberechtigten Besuch einer wohnortnahen Schule mit hohem Bildungsniveau zu ermöglichen!



### **Das gibt's nur in der VG Gau-Algesheim - fürs Parken Geld bekommen!**

Zurzeit werden 10 Parkplätze für die MitarbeiterInnen der Verbandsgemeinde-Verwaltung in der Nähe des Albertus Stiftes angemietet. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 30 Euro pro Parkplatz im Monat.

Die Entfernung vom Rathaus zu den Parkplätzen beträgt 200 m. Aus diesem Grund erhalten diejenigen, die ihr Auto dort und nicht in der Nachbarschaft abstellen, aus dem Reisekostentitel der VG eine Prämie von 10 Euro im Monat. Doch die Fürsorge des VG-Bürgermeisters kennt keine Grenzen. Um wenigstens einigen den weiten Weg von 200 Meter ins Büro zu ersparen, will er für 80.000 Euro drei weitere Parkplätze auf dem ehemaligen Raiffeisengelände dazukaufen.

Weil dies doch eine erhebliche Verbesserung darstellt, finden das mit Ausnahme der Grünen auch alle übrigen Fraktionen in der VG angemessen. Die Bürgerinnen und Bürger der VG finden das sicher auch gut, weil sie dann bei ihren Anliegen in der VG nur noch gut gelaunte MitarbeiterInnen antreffen werden. Oder ?

## Nichts Neues zum Thema Menschenrechte?!

Am 26. März 2009 hat Deutschland das Übereinkommen der Vereinten Nationen unterzeichnet und sich dazu verpflichtet, stärker für Menschenrechte einzutreten.

Inhalte sind u.a. das Recht auf Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Schutz vor Diskriminierung, das Recht dort zu wohnen, zu arbeiten und zur Schule zu gehen, wo man möchte, das Recht ungehindert zu reisen, einzukaufen oder kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, das Recht, zu leben wie man möchte. Was Neues? Eigentlich nicht. Steht alles in unserem Grundgesetz. Was ist also das Besondere an dieser Konvention?

In dieser Vereinbarung geht es ausschließlich um die Rechte *behinderter* Menschen. Sollte eigentlich auch selbstverständlich sein, nach unserem Grundgesetz (Art. 3). Ist es aber leider (noch) nicht.

Deshalb hat sich Deutschland verpflichtet, die Rechte behinderter Menschen stärker zu beachten und zu schützen. Nichts wirklich Neues, aber eine Chance, endlich das umzusetzen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: Menschen mit Behinderung ein Leben in der Mitte unserer Gesellschaft, gleichberechtigt und nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu ermöglichen.

**Wir GRÜNE setzen uns dafür ein!**

## Veraltetes Denken bei den Abwassergebühren



**Von Klaus Reinheimer**

Nach wie vor ist es für viele Bürger in der VG ärgerlich, immer wieder für die Einleitung von Niederschlagswasser in den Abwasserkanal Geld zu bezahlen, obwohl ihr Regenwasser gar nicht in die Kanalisation geleitet wird. Wer das Regenwasser von versiegelten Flächen auf dem Grundstück zum versickern bringt, einem Teich zuführt oder in eine Zisterne leitet und zur Gartenbewässerung nutzt, zahlt für seinen sinnvollen Beitrag genau so viel wie diejenigen die alles in die Kanalisation leiten.

Dies ist der veralteten rheinland-pfälzischen Kommunalersatzung und den rückständig denkenden Fraktionen von CDU SPD FWG und FDP im Verbandsgemeinderat sowie der Verwaltungsspitze geschuldet. Die VG Gau-Algesheim setzt auf die veraltete Kommunalersatzung und erhebt für die Oberflächenentwässerung wiederkehrende Beiträge, während andere rheinland-pfälzische Städte - z.B. Worms, Ingelheim - sich eine Gebührensatzung gegeben haben, die die Versickerung von Niederschlagswasser propagiert und entsprechende reduzierte Entgelte verlangt.

Die Gebührensatzung der VG Gau-Algesheim widerspricht somit dem europäischen Recht.

In der Wasserrechtsrahmen-Richtlinie (Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik) wird als Ziel u.a. die Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung auf der Grundlage eines langfristigen Schutzes der vorhandenen Ressourcen genannt (Art. 1).

Die Mitgliedstaaten haben bis zum Jahr 2010 dafür zu sorgen, dass die Wassergebührenpolitik angemessene Anreize für die Benutzer schafft, damit die Wasserressourcen effizient genutzt und die Umweltziele dieser Richtlinie erreicht werden (Art. 9). Bezogen auf die Einleitung von Niederschlagswasser bzw. auf deren Nicht-Einleitung wissen wir, dass viele Kommunen das Zurückhalten von Niederschlagswasser und dessen Versickerung durch Informationskampagnen und entsprechende finanzielle Anreize fördern. Die Wasserrechtsrahmen-Richtlinie wendet sich allerdings an die Mitgliedsstaaten und entfaltet daher keine unmittelbare Rechtswirkung.

Das Recht auf dem Verwaltungsgerichtswege mit einer Normenkontrollklage durchzusetzen ist sicher für die Grünen in der VG eine Nummer zu groß.

**Wir sind aber ganz sicher, dass wir nach der Landtagswahl am 27. März mit dem Wiedereinzug der Grünen in den Landtag von Rheinland-Pfalz gute Möglichkeiten haben werden, die notwendige Umsetzung der Wasserrechtsrahmen-Richtlinie in nationale Rechtsvorschriften voranzubringen.**

### Impressum

Redaktion: Vera Breier, Joachim Cohausz, Michael Helm, Jutta Kobus, Peter Michel, Sabine Obitz, Hans Ulrich Potstawa-Kobus, Klaus-Reinheimer.

V.i.S.d.P.: Norbert Grabowski, Gau-Algesheim

Herausgeber: Bündnis 90 / Die Grünen, OV Gau-Algesheim

Spendenkonto: Die Grünen, Kontonr. 36006765, Sparkasse Rhein-Nahe, BLZ 56050180

# Quo vadis, Langgasse ?

## Neues Verkehrskonzept für eine alte Stadt



Von Michael Helm

Unser Städtchen ist charmant. Charmant, aber auch eng. Und mit am engsten ist es in unserer Langgasse, eine Straße, die genau wie die anderen Gassen und Gässchen im mittelalterlichen Kern von Gau-Algesheim, nicht für den motorisierten Verkehr geplant und gebaut wurde.

Einst konnte man durch die Langgasse über Kopfsteinpflaster in Richtung Marktplatz laufen. Bürger, Pferdefuhrwerke und spielende Kinder begegneten sich relativ problemlos und gleichberechtigt. In und um sie pulsierte das innerstädtische Leben. Geschäfte, Läden und Gastronomie säumten diese Verkehrsachse. Autoverkehr und Verkehrslärm waren da noch Fremdworte.

Heute droht vor allem zu Feierabendzeiten der Verkehrskollaps, und das Recht des Stärkeren wird eingefordert. Durch die durch parkende Autos noch engere und unübersichtlichere Langgasse quält sich der Durchgangsverkehr, der eigentlich größtenteils über die Umgehungsstraße Richtung Appenheim abfließen könnte.

Leidtragende sind Fußgänger und Radfahrer, die durch den übergroßen Autoverkehr in Verbindung mit den zu schmalen Bürgersteigen über jegliches akzeptable Maß hinaus gefährdet werden. Insbesondere ältere Menschen und Kinder haben regelrecht Angst, die Langgasse zu Zeiten des Berufsverkehrs zu nutzen.

---

Infos, Termine, dieser und frühere Scheibenwischer im Internet unter [www.gruene-gau-algesheim.de](http://www.gruene-gau-algesheim.de)

---

Das kann nicht sein, ist doch unsere Stadt für alle da. Es herrscht Auslastung über Maßen, die Stellplätze sind überlastet und geparkt wird auch außerhalb der markierten Flächen.

Im Zuge der Stadtsanierung ist schon seit 2007 die Neugestaltung der Langgasse und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Fußgänger im Gespräch. Dies ging übrigens auch aus den Ergebnissen des Stadtleitbildprozesses hervor. Hier war die Verkehrssituation in der Langgasse als deutlich negativ beschrieben worden. Grundvoraussetzung für die Umgestaltung der Langgasse sind die Erstellung der Quartiersparkplätze Schlecker und Bleiche, die von den Grünen deshalb mitgetragen werden. Auch die „Beinstraßen“ müssen angegangen werden.

Durch den Quartiersparkplatz Schlecker wird die Parkplatzsituation in der Langgasse entschärft. Der Beginn der Einbahnregelung gilt dann erst ab Ausfahrt des Parkplatzes und die Fahrt zur B 41 ist für Rechtsabbieger ohne Durchfahrt der Langgasse und des Ortskernes möglich.

**Was sind unsere Grünen Ziele für die anstehenden Beratungen zur Langgasse?**

**Erst Parkplätze schaffen**, dann erst Ausbau der Langgasse

**Niveaugleicher Ausbau**

**Kurze Bauzeit** (Rücksicht auf Anrainer nehmen, Dialog mit Anrainer suchen)

**Geschwindigkeitsbegrenzung**, unter 30 km/h (Nachhaltige Kontrollen)

**Gehzonen mit genügender Breite** (mind. 1,50m), falls Stellflächen vorgesehen, auf deren abgewandten Seite

**Reduzieren der bestehenden Stellflächen** (Eventuell komplettes Abschaffen der Stellflächen, Verweis auf bestehende Quartiersparkplätze in Gelnähe mit Ausnahme der Arztpraxis und ev. Behindertenparkplätze)

**Bodenbefestigung der Gehwege** (Optische Anpassung ans Stadtbild, Gewährleistung der Gehfreundlichkeit.

**Wir Grüne treffen uns jeden zweiten Donnerstag um 20 Uhr im Haus der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kegelplatz 4, Gau-Algesheim. Der genaue Termin steht jeweils im Amtsblatt und auf unserer Webseite: [www.gruene-gau-algesheim.de](http://www.gruene-gau-algesheim.de)**



# Unser Grüner Wahlkreis-Direktkandidat stellt sich vor



## Georg Leufen-Verkoyen (Wahlkreis 29 Bingen)

**Zur Person:** 54 Jahre, verheiratet, 2 Kinder,  
Dipl. Ing. (FH) Umweltschutz, selbständiger Energieberater  
Kontakt: [georg.leufen-verkoyen@gruene-rlp.de](mailto:georg.leufen-verkoyen@gruene-rlp.de)

## Verkehr

### hierfür stehe ich

- 24 Stunden Fähre zwischen Bingen und Rüdesheim sowie Ingelheim und Östrich-Winkel
- ÖPNV-Verbesserung auf dem Land abends, Samstag, Sonntag
- Radwege für den Alltagsradverkehr
- Lärmschutz an Autobahnen und Bahnstrecken

Erste Auswertungen der Gutachten zu einer Rheinbrücke bei Bingen haben ergeben, dass heute mit vergleichbar niedrigen Kosten eine Optimierung der bestehenden Fährverbindungen möglich ist. Im Gutachten wird prognostiziert, dass nach einem Umbau der bestehenden Fähranleger in Bingen und Rüdesheim und damit eine bessere Erreichbarkeit der Fähre, die Nutzung der Fähre um 60% zunehmen wird. Nach meiner Ansicht ist diese Maßnahme in Verbindung mit einer 24 Stunden-Fähre bestens geeignet die Verkehrsbedürfnisse der Bewohner, Arbeitnehmer, Handwerksbetriebe, Wirtschaft und Touristen auf beiden Seiten des Rheins zu befriedigen.



**„Mir geht es um eine ökologische und gerechte Zukunft für Umwelt, Natur und Menschen - vor allem für unsere Kinder!“**

## Politisch/gesellschaftlich aktiv:

- Gemeinderat: 11 Jahre
- Beigeordneter der Gemeinde Münster-Sarmsheim (seit der letzten Kommunalwahl)
- Verschiedene kommunale Ausschüsse: 17 Jahre
- Agenda 21 Stadt Bingen: seit 2000, Arbeitskreis Energie
- Landesarbeitsgemeinschaft Verkehr der Grünen

## Bildung vor Ort

### hierfür stehe ich

- Einschulung ab 6 Jahren
- Gemeinsame Schule bis zur 9. Klasse für alle
- Ganztagschule
- Lehrmittelfreiheit und volle Fahrkostenübernahme bis zur nächsten Schule
- kostenfreies Erststudium

In der "Neuen Schule" werden alle Kinder individuell gefördert - egal, ob leistungsschwächer oder hochintelligent - und lernen in den ersten neun Schuljahren gemeinsam. Die Bildungssysteme in den einzelnen Bundesländern müssen einheitlicher werden, damit bei einem Wohnortwechsel der Übergang leichter ist.

## Bauen und Energie

### hierfür stehe ich

- Regenwassernutzung für Gebäude finanziell fördern
- Energieagentur Rheinland-Pfalz stärken und ausbauen
- Förderung E-E-E: Energieeinsparung, Effizienzsteigerung, Erneuerbare Energie in allen Lebenslagen, insbesondere in Schulen und Kommunen
- Möglichkeit der Nahwärmeversorgung für Bebauungspläne in die Landesbaubauordnung aufnehmen
- Unterstützung der Dorfmittelpunkte und Stadtzentren, anstatt Neubau auf der "grünen Wiese"
- Sanierung statt Neubau

Die Verringerung und Überalterung der Gesellschaft in unseren Gemeinden und Städten kann nur mit Gesamtkonzepten bewältigt werden.

Wohnmöglichkeiten und Versorgungsmöglichkeiten vor Ort sind notwendig damit unsere Gemeinden nicht aussterben.

